



Nr. 23

19. Juni 2026

Friedrichstraße 169
10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon +49 (30) 4081-5570
Telefax +49 (30) 4081-5599
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

dbb-Kampagne

[„Deutschlands Stärke: unser öffentlicher Dienst“](#)

Interview mit dbb-Chef Volker Geyer

[„In einer Welt voller Krisen wollen die Menschen einen Staat, der funktioniert und sie schützt“](#)

dbb-frauen

[Gemeinsam gegen Sexismus: Respekt kennt kein Geschlecht](#)

dbb jugend

[Modernes Berufsbeamtentum: Wenn ohne Aufstieg der Ausstieg folgt](#)

dbb jugend

[Treffen im Bundeskanzleramt: Ehrenamt ist tragende Säule der Gesellschaft](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Mecklenburg-Vorpommern

[Knecht zur Rentendebatte: „Ideologische Schnellschüsse helfen nicht weiter!“](#)

Schleswig-Holstein

[Personal: dbb hält Kostensteigerungen für logisch und gerechtfertigt](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG)

[Polizei-Infrastruktur ausbauen, Strafmündigkeit senken und Ermittlungsbefugnisse erweitern](#)

dbb-Bildungsgewerkschaften

[Bericht „Bildung in Deutschland 2026“: Sorge vor Benachteiligung](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb



dbb-Kampagne

„Deutschlands Stärke: unser öffentlicher Dienst“

Ein starkes Land gibt es nur mit einem starken öffentlichen Dienst und einem starken Berufsbeamtentum. Das zeigt der dbb mit seiner neuen Kampagne.

„Der öffentliche Dienst steht immer wieder in der Kritik, insbesondere die Angriffe auf das Berufsbeamtentum nehmen zu“, sagte der dbb-Bundesvorsitzende Volker Geyer zum Start der Aktion am 15. Juni 2026 in Berlin.

„Was dabei zu oft aus dem Blick gerät: Unsere Kolleginnen und Kollegen sorgen dafür, dass dieses Land rund um die Uhr funktioniert. Sie sorgen für Sicherheit, Bildung, Infrastruktur, Steuergerechtigkeit, Umwelt- und Verbraucherschutz und vieles mehr. Sie sind für erfolgreiches Wirtschaften ebenso unerlässlich wie für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Die Mehrheit der Menschen im Land spürt das sehr genau. Wir werden mit unserer Kampagne aber auch und gerade in der Bundespolitik wieder das Bewusstsein dafür schärfen, dass Deutschlands Stärke unser öffentlicher Dienst ist.“

„Ganz wichtig ist dabei: Wir wollen die Menschen zeigen, die im Dienst des Landes stehen. Der öffentliche Dienst ist keine anonyme Kostenstelle. Es sind über 5 Millionen Menschen, die sich jeden Tag aufs Neue für unsere Gemeinschaft einsetzen – unter teils widrigen Bedingungen“, so Geyer weiter. „Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst teilen den Frust vieler Bürgerinnen und Bürger über mangelhafte Digitalisierung und technische Ausstattung, ständigen Aufgabenzuwachs und komplizierte Gesetzgebung. Für all diese Dinge tragen die Kolleginnen und Kollegen aber keine Verantwortung, müssen aber für die politischen Entscheidungen den Kopf dafür hinhalten. Und zwar leider im wahrsten Sinn des Wortes, denn Angriffe auf die Beschäftigten – von der Beleidigung bis zum schwersten körperlichen Übergriff – sind längst keine Seltenheit mehr. Mit unserer neuen Kampagne machen wir das sichtbar.“ Zur Kampagne:

[dbb.kampagne](#)

Interview mit dbb-Chef Volker Geyer

„In einer Welt voller Krisen wollen die Menschen einen Staat, der funktioniert und sie schützt“

Im Interview mit der „Welt am Sonntag“ erklärt der dbb-Bundesvorsitzende, welche Reformen der öffentliche Dienst jetzt wirklich braucht.

Mit Blick auf die Debatte über angebliche Privilegien des Berufsbeamtentums stellt der dbb-Bundesvorsitzende erneut klar: „Man spricht immer nur über die Vorteile und nie über die Pflichten und den Wert des Berufsbeamtentums für unser Land, die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft. Beamte dürfen nicht streiken, sind leichter zu versetzen und sie haben einen Eid auf die Verfassung abgelegt und sich verpflichtet, die Demokratie zu verteidigen und zu schützen.“

Gerade das Streikverbot sei von enormer Bedeutung, so Geyer: „Schauen Sie zum Beispiel mal, was passiert, wenn man das Streikverbot aufhebt. Die Lokführer waren alle verbeamtet, die Züge fuhren. Dann kam die Privatisierung. Wenn die Lokführer jetzt für ihre berechtigten Interessen streiken, regt sich das ganze Land auf.“ Vorschläge für Bürgerversicherungen im

Bereich Gesundheit oder Rente erteilt der dbb-Chef auch deswegen einmal mehr eine klare Absage: „Man kann nicht einzelne Bausteine aus dem Berufsbeamtentum herausbrechen und dann so tun, als hätte das keine Folgen.“

Vor allem populistisches „Beamtenbashing“ durch Politikerinnen und Politiker verurteilt Geyer scharf: „Gehen Sie mal in eine Justizvollzugsanstalt. Beamte im mittleren Dienst, Schichtarbeit rund um die Uhr, regelmäßige Angriffe auf ihre Person, und das für 2.500 bis 3.500 Euro Brutto im Monat. Wer da von Privilegien spricht, der hat den Kontakt zur Wirklichkeit verloren.“

Reformbedarf im öffentlichen Dienst sieht Geyer dennoch, etwa bei der Digitalisierung: „Oft fehlen schlicht Personal und smarte digi-

tale Anwendungen. Als die Ampel das Wohn-geld Plus eingeführt hat, brauchte allein die Stadt Bonn 34 zusätzliche Stellen, Köln sogar mehr als 100. Nürnberg hat das mit einer KI-Anwendung geregelt.“ Mit Blick auf einen möglichen Kulturwandel in den Verwaltungen ergänzte er: „Ermessensspielräume brauchen zwei Dinge: Gesetze, die sie zulassen, und Führungskräfte, die ihre Leute ermutigen, sie zu nutzen. Ich gebe zu, daran fehlt es manchmal. Aber ich warne davor, zu verallgemeinern.“

Die Praxis zeige ein differenzierteres Bild: „Gehen Sie mal in das Bauamt einer mittelgroßen Stadt, in dem fünf Stellen unbesetzt sind. Da können Sie die Kultur ändern, so viel Sie wollen. Wenn das Personal fehlt, dauert die Bearbeitung länger. Das ist keine Mentalitätsfrage, das ist eine Ressourcenfrage.“ Die Erwartung der Bürgerinnen und Bürger an den öffentlichen Dienst sei aber klar: „In einer Welt voller Krisen wollen die Menschen einen Staat, der funktioniert und sie schützt.“

Das vollständige Interview gibt es auf www.welt.de.

dbb-frauen

Gemeinsam gegen Sexismus: Respekt kennt kein Geschlecht

dbb frauen-Chefin Milanie Kreutz wird vom Bundesfamilienministerium in den Fachbeirat des knapp 1.000 Mitglieder starken Bündnisses gegen Sexismus berufen.

Am 16. Juni 2026 fand die konstituierende Sitzung des Bündnisses gegen Sexismus in Berlin statt. Die rund 1.000 Mitglieder stammen aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens, von Interessensverbänden über Sportvereine bis zur freien Wirtschaft. Schirmherrin des Bündnisses ist die Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die dbb frauen sind Teil des knapp 20 Mitglieder umfassenden Fachbeirats.

Einer der Schwerpunkte der Sitzung war Sexismus am Arbeitsplatz. „Sexismus am Arbeitsplatz sorgt häufig dafür, dass Frauen sich aus dem Arbeitsleben zurückziehen und die Arbeitsleistung sinkt“, erklärte Milanie Kreutz, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung und stellv. dbb-Bundesvorsitzende, am 18. Juni 2026. Dieser Rückzug richte großen Schaden an, nicht nur bei den Betroffenen, sondern auch für die Demokratie und die Wirtschaft. „Es liegt daher im Interesse aller, sich gegen Sexismus einzusetzen. Wir wünschen uns daher, dass das Bündnis weiterwächst. Die Konstituierende Sitzung war nur der Anfang“, betonte Kreutz.

Als Gegenstrategie sehe Kreutz, dass mehr Frauen in Führungspositionen kommen: „82

Prozent der Betroffenen hat am Arbeitsplatz Sexismus durch Männer erlebt.“ Das hatte eine Studie des Bündnisses aus dem Jahr 2026 ergeben. „Ein höherer Frauenanteil oder eine gemeinsame Führung von Frauen und Männern kann für ein besseres Vertrauensverhältnis bei den Betroffenen sorgen.“

Zu diesem Thema haben die dbb frauen 2023 eigens eine Frauenpolitische Fachtagung veranstaltet. Der Redebedarf war damals enorm, berichtete Kreutz. „Wir haben festgestellt, dass Betroffene sich häufig an den Betriebs- oder Personalrat oder an die Gleichstellungsbeauftragten wenden. Das ist ein weiteres Argument, die Betriebs- und Personalräte zu stärken.“

Kreutz sieht beim Einsatz gegen Sexismus auch die Männer in der Pflicht. „Respekt kennt kein Geschlecht. Wir müssen dazu kommen, dass sich Männer für Frauen einsetzen.“ Oft hören Männer eher auf andere Männer als auf Frauen. „Wir brauchen deshalb mehr Männer, die mit veralteten Rollenvorstellungen und sexistischen Klischees brechen. Und sie müssen ihre männlichen Kollegen, Freunde und Familienmitglieder als Mitsstreiter gewinnen.“



dbb jugend

Modernes Berufsbeamtentum: Wenn ohne Aufstieg der Ausstieg folgt

Wer als Beamtin oder Beamter Karriere machen möchte, muss bestimmte Wartezeiten einhalten. Die dbb jugend fordert mehr Flexibilität.

„Das Berufsbeamtentum braucht ein Update“, sagte Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, bei einem Treffen mit dem Bundestagsabgeordneten Ingo Vogel (SPD) in Berlin am 10. Juni 2026. „Klar ist natürlich, dass sich Beamtinnen und Beamte im aktuellen Amt bewähren müssen. Aber klar ist auch, dass junge Menschen, die sich bewährt haben, attraktive Perspektiven brauchen.“

Deshalb braucht es mehr Flexibilität bei Laufbahnaufstiegen, forderte Fandrejewski. „Zu lange Wartezeiten führen dazu, dass motivierte Fachkräfte, die wir so dringend brauchen, in die Privatwirtschaft wechseln, weil sie dort bessere Perspektiven sehen. Ohne flexiblere Aufstiege werden immer wieder Ausstiege aus dem öffentlichen Dienst folgen. Und das können wir uns angesichts des Personalmangels nicht leisten.“

Daria Abramov, Erste stellvertretende Vorsitzende der dbb jugend, betonte die Bedeutung von Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern im öffentlichen Dienst. „Ohne sie läuft es vielerorts nicht“, sagte sie. „Aber nur ein fairer Quereinstieg ist auch attraktiv. Der Staat muss bei der Anerkennung von Qualifikationen großzügiger sein und dies bei der Bezahlung berücksichtigen. Es ist zum Beispiel nicht vermittelbar, dass die Zuordnung in die niedrigste Erfahrungsstufe erfolgt, bloß weil irgendwelche Softwarekenntnisse fehlen. Das schreckt potenzielle Beschäftigte ab, die möglicherweise andere dringend benötigte Kenntnisse und wertvolle Kompetenzen mitbringen.“

Gleichzeitig gilt: „Es darf keine Situation entstehen, bei der Bestandpersonal gegen Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern ausgespielt wird“, resümierte Abramov. „Gleichbehandlung nach transparenten Kriterien ist für den Betriebsfrieden von zentraler Bedeutung.“

dbb jugend

Treffen im Bundeskanzleramt: Ehrenamt ist tragende Säule der Gesellschaft

Im Gespräch mit Staatsministerin Christiane Schenderlein hat die dbb jugend die Stärkung des Ehrenamts gefordert. Es gibt noch viel zu tun.

„Bei der Feuerwehr, im Gemeinderat und im Vereinsleben würde es ohne das großartige Engagement von zahlreichen Freiwilligen nicht funktionieren“, sagte Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der dbb jugend, bei einem Treffen mit Christiane Schenderlein, Staatsministerin für Ehrenamt und Sport, im Bundeskanzleramt am 10. Juni 2026. „Für eine resiliente Gesellschaft ist es unverzichtbar, junge Menschen möglichst früh fürs Ehrenamt zu gewinnen. Wer einmal erlebt hat, wie erfüllend und sinnstiftend ein Ehrenamt ist, bleibt meist ein Leben lang dabei.“

Sorge bereitet dem Chef der dbb jugend, dass viele junge Menschen sich den politischen Extremen zuwenden: „Ein starkes Ehrenamt ist das Rückgrat der Demokratie“, sagte er. „Ziele gemeinsam verfolgen, Mehrheitsentscheidungen akzeptieren und Menschen mit anderen

Hintergründen begegnen, all das sind demokratische Grundkompetenzen, die im Ehrenamt gelebt werden.“ Der Effekt ist wissenschaftlich belegt: Aus einer Studie der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt geht hervor, dass alle, die sich ehrenamtlich engagieren, seltener demokratiefeindliche Einstellungen aufweisen.

„Wir werden auch Möglichkeiten prüfen, ehrenamtliches Engagement für junge Menschen attraktiver zu machen“, heißt es im Koalitionsvertrag der Bundesregierung. Der Vorsitzende der dbb jugend kommentiert: „Wenn man genau liest, handelt es sich hierbei nur um eine Absichtserklärung. Denn aus einer Prüfung folgen nicht notwendigerweise Taten. Wir werden der Bundesregierung genau auf die Finger schauen und weiterhin auf ein attraktives Ehrenamt für junge Menschen pochen.“



Daria Abramov, Erste stellvertretende Vorsitzende der dbb jugend, begrüßte, dass die Erhöhungen der Ehrenamts- und Übungsleiterpauschalen zum Jahreswechsel in Kraft getreten sind. „Das ist ein Schritt in die richtige Richtung und ein Ausdruck von Wertschätzung“, sagte sie. Nun gelte es, weitere Verbesserungen anzupacken. Unter anderem fordert die dbb jugend: Gewährung von Sonderurlaubstagen/Dienstbefreiungen ohne formale Obergrenze; Berücksichtigung von im Ehrenamt erworbenen Kompetenzen bei der Bezahlung im öffentlichen Dienst; Vereinfachung von

Förderungen und Beantragungsverfahren für ehrenamtliches Engagement.

Abramov verwies darauf, dass auch Arbeitgebende von einem starken Ehrenamt profitieren: „Wer sich ehrenamtlich engagiert, bildet sich weiter und erlernt neue Kompetenzen, die sich im Arbeitsalltag einbringen lassen. Deshalb werbe ich ausdrücklich dafür, Fehlzeiten, die mit einem Ehrenamt einhergehen, als Investition in die eigenen Beschäftigten zu sehen.“

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Mecklenburg-Vorpommern

Knecht zur Rentendebatte: „Ideologische Schnellschüsse helfen nicht weiter!“

Zu den jüngsten Äußerungen von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Beamtinnen und Beamte künftig verpflichtend in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen, stellt der DBB M-V klar: Eine solche Forderung mag auf den ersten Blick gerecht erscheinen, blendet jedoch die tatsächlichen Strukturen und finanziellen Folgen aus.

Wer weitreichende Eingriffe in gewachsene Alterssicherungssysteme fordere, die zudem ein zentraler Bestandteil der Attraktivität von Berufen der Daseinsvorsorge sind, muss sich an belastbaren Fakten orientieren – nicht an politischen Schlagworten.

Die Debatte vermittele erneut den Eindruck, strukturelle Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Rentenversicherung ließen sich durch die Einbeziehung kleinerer Gruppen kurzfristig und ohne Folgen lösen. Das ist irreführend. Beamtenversorgung und gesetzliche Rente sind zwei eigenständige Systeme. Die beamtenrechtliche Altersversorgung ist untrennbar mit den besonderen Pflichten des Beamtenverhältnisses verbunden – darunter lebenslange Treuepflicht, Streikverbot sowie besondere Anforderungen an Neutralität und Einsatzbereitschaft.

Eine Einbeziehung von Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung würde zudem erhebliche Mehrkosten für die öffentlichen Haushalte verursachen. Eine solche Systemumstellung wäre keinesfalls zum Nulltarif zu haben. Bund, Länder und Kommunen müssten über Jahre hinweg zusätzliche Milliardenbeträge aufbringen – zulasten dringend

notwendiger Investitionen in Bildung, innere Sicherheit, Infrastruktur und eine leistungsfähige Verwaltung.

Wie teuer vermeintlich einfache Lösungen am Ende werden, zeigt bereits die Einführung der pauschalen Beihilfe für Beamtinnen und Beamte, die sich in Mecklenburg-Vorpommern für die gesetzliche Krankenversicherung entschieden haben. Allein diese Entscheidung verursacht in den kommenden fünf Jahren Mehrkosten von 21 Millionen Euro durch die zu zahlenden Arbeitgeberanteile. Mittel, die an anderer Stelle dringend benötigt würden. Wer nun weitere Eingriffe in bewährte beamtenrechtliche Strukturen fordert, muss offen sagen, dass dies erneut erhebliche Belastungen für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bedeutet.

Der DBB M-V warnt daher davor, unter dem Deckmantel vermeintlicher Gerechtigkeit neue finanzielle Risiken für die öffentlichen Haushalte zu schaffen. Eine nachhaltige Reform der Alterssicherung braucht Substanz, Tragfähigkeit und einen nüchternen Blick auf die tatsächlichen Folgen – nicht symbolpolitische Debatten.

„Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, zunächst die Ergebnisse der Rentenkommission abzuwarten. Es bleibt zu hoffen, dass sich die Kommission von Fakten und nicht von Gefühlen leiten lässt. Erst dann kann eine ernsthafte und verantwortungsvolle Diskussion über die

Zukunft der Alterssicherung geführt werden“, erklärt der DBB-Landesvorsitzende Dietmar Knecht. „Wir stehen jederzeit für eine sachorientierte Debatte bereit – aber nicht für Vorschläge, die teuer, unausgereift und am Ende zulasten der Bürgerinnen und Bürger gehen.“

Schleswig-Holstein

Personal: dbb hält Kostensteigerungen für logisch und gerechtfertigt

Der Landesrechnungshof kritisiert, dass in den Jahren ab 2020 über 5.000 neue Stellen geschaffen wurden, was in Kombination mit Tabellenanpassungen zu erheblichen Personalkostensteigerungen führt.

Dazu stellte dbb-Landeschef Kai Tellkamp am 17. Juni 2026 klar: „Wenn der Staat seine Aufgabe ernst nimmt, für Sicherheit und Bildung zu sorgen, führt kein Weg an einem ausreichenden Personalbestand vorbei“. Das gelte auch für alle anderen Aufgaben, die der öffentliche Dienst infolge politischer Entscheidungen zu erfüllen hat, zumal in vielen Bereichen nach wie vor eine Personalunterdeckung besteht.

Die Kostensteigerungen sind deshalb logisch. Die Bürger haben nichts davon, wenn ambitionierte Ziele und Gesetze beschlossen werden, die Umsetzung jedoch an Unterfinanzierung und Personalmangel scheitert. Daraus resultierender Staatsverdruss dürfte auch nicht im Sinne der Politik sein – und schon gar nicht im Sinne der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die täglich mit den Problemen umgehen müssen und dabei zu häufig Belastungsgrenzen in einem gesundheitsgefährdenden Ausmaß überschreiten.

Gerechtfertigt und zwingend sind auch die Kostensteigerungen aus anstehenden Besoldungsanpassungen. „Wir haben lange dafür gekämpft, dass die Einschnitte der vergangenen Jahre korrigiert werden. Die ersten Schritte stehen infolge einer vorliegenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes

an. Das ist kein Bonus, sondern die Wiederherstellung rechtmäßiger und verfassungskonformer Zustände“, so Tellkamp.

Der Stellenaufwuchs belegt aber auch, dass ein weiteres Anliegen völlig unzureichend auf den Weg gebracht ist: Der Bürokratieabbau. Das ist der Hebel, mit dem die die Logik steigender Kosten durchbrochen werden kann. Wenn nämlich durch weniger Vorschriften und Aufgaben, zeitgemäße Strukturen und zusammengeführte Prozesse der Personalbedarf und damit auch Überlastungssituationen reduziert werden. Der dbb sh plädiert immer wieder für einen übergreifenden Ansatz, der allerdings weiterhin auf sich warten lässt. Das dürfte aber der einzige erfolgversprechende und seriöse Weg sein, um ein vom Landesrechnungshof gefordertes Personaleinsparkonzept zu realisieren.

Auf ungeteilte Zustimmung des dbb sh stößt eine weitere Empfehlung des Landesrechnungshofes: „Die Landesregierung sollte der Versuchung widerstehen, auch für 2027 Mittel aus dem Versorgungsfonds als allgemeine Deckungsmittel einzuplanen“. Deshalb setzt sich der dbb sh für die Absicherung im Rahmen einer Verfassungsreform ein.



Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

Polizei-Infrastruktur ausbauen, Strafmündigkeit senken und Ermittlungsbefugnisse erweitern

Anlässlich der Innenministerkonferenz am 17. Juni 2026 fordert die DPoIG ein klares und entschlossenes politisches Handeln zur Stärkung der inneren Sicherheit. Dabei stehen insbesondere die Ertüchtigung der sicherheitsrelevanten Infrastruktur, eine Anpassung des Strafmündigkeitsalters sowie erweiterte Ermittlungsbefugnisse im Mittelpunkt.

Ein zentrales Anliegen der DPoIG ist die Stärkung der zivilen Infrastruktur, insbesondere durch eine Aufwertung von Polizeiliegenschaften in Bund und Ländern zu sogenannten „zivilen Rettungssinseln“. Polizeidienststellen sollen künftig so ausgestattet werden, dass sie im Ernstfall Versorgung, Wärme und Kommunikationsmöglichkeiten bieten können.

„Polizeidienststellen müssen krisenfest werden und der Bevölkerung im Notfall als sichere Zufluchtsorte dienen. Die Erfahrungen aus Stromausfällen – auch in urbanen Räumen wie im Januar in Berlin – zeigen deutlich, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht“, betont Heiko Teggatz, Bundesvorsitzender der DPoIG und dbb Vize.

Darüber hinaus sieht die DPoIG dringenden Reformbedarf beim Strafmündigkeitsalter von derzeit 14 auf 12 Jahre – eine Forderung, die die DPoIG bereits seit Jahrzehnten vertritt. Die bestehende Altersgrenze gilt seit 1953 und wird der heutigen Realität nicht mehr gerecht. Immer häufiger sind auch sehr junge Täter in schwere Straftaten verwickelt.

Zudem setzen kriminelle Strukturen gezielt Minderjährige unterhalb der Strafmündigkeit für

Straftaten ein. Über digitale Plattformen werden Straftaten regelrecht „bestellt“ – von Sachbeschädigung bis hin zu schwersten Gewaltverbrechen. Teggatz erklärt dazu: „Wir beobachten eine besorgniserregende Entwicklung, bei der Täter immer jünger werden und gezielt von kriminellen Netzwerken instrumentalisiert werden. Der Rechtsstaat muss darauf reagieren können. Eine Absenkung der Strafmündigkeit bedeutet nicht pauschale Bestrafung, sondern vielmehr steht der Erziehungscharakter des Jugendstrafrechts im Vordergrund. Sanktionen wie richterliche Weisungen, Verwarnungen und Auflagen sollen frühzeitig Grenzen aufzeigen.“

Ein weiterer Schwerpunkt betrifft die Stärkung der Ermittlungsbefugnisse im digitalen Raum. Insbesondere spricht sich die DPoIG für eine Ausweitung der IP-Adressspeicherung auf sechs Monate in Bund und Ländern aus. „Die derzeitigen Speicherfristen sind realitätsfern. Strafverfahren dauern oft deutlich länger als drei Monate – wichtige Spuren gehen so verloren“, erklärt Teggatz. Wer digitale Kriminalität wirksam bekämpfen will, muss der Polizei die notwendigen Instrumente an die Hand geben.“

dbb-Bildungsgewerkschaften

Bericht „Bildung in Deutschland 2026“: Sorge vor Benachteiligung

Bildung in Deutschland ist ein Bericht, der alle 2 Jahre eine systematische Bestandsaufnahme des deutschen Bildungssystems auf Basis von Daten der amtlichen Statistik und aus sozialwissenschaftlichen Erhebungen bietet.

„Die Ergebnisse des aktuellen Bildungsberichtes sind ein Armutszeugnis für eine der größten Volkswirtschaften weltweit. Die Folgen der bildungspolitischen Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte werden immer sichtbarer und lassen sich nicht mehr ignorieren. Insbesondere Kinder aus sozial benachteiligten Familien haben bereits vor dem Eintritt in die Schule schlechtere Chancen auf Bildung. Dies

zieht sich durch den gesamten Bildungsweg, so haben Kinder aus sozial benachteiligten Familien die grundlegenden Kompetenzen im Lesen zu fast 40 Prozent und in Mathematik zu fast 50 Prozent nicht erreicht. Kinder aus privilegierten Elternhäusern betrifft dies nur zu jeweils 9 Prozent. Den Grund dafür sehen wir in der Praxis Tag für Tag: Schulen leiden unter massivem Personalmangel, sanierungsbedürftig-

tigen Gebäuden und einer mangelhaften Digitalisierung und trotzdem sollen sie neben ihrem Bildungsauftrag immer neue gesellschaftliche Herausforderungen lösen. Dass dieser Spagat insbesondere bei der notwendigen individuellen Förderung betroffener Kinder Spuren hinterlassen muss, ist offensichtlich und wird vom VBE seit vielen Jahren angemahnt“, kommentiert eTomi Neckov, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) anlässlich der Veröffentlichung des Berichts „Bildung in Deutschland 2026“.

Der Deutsche Philologenverband (DPhV) hält fest: Der nationale Bildungsbericht bestätigt mit seinem diesjährigen Schwerpunktkapitel erneut, was zahlreiche Untersuchungen und Studien in der Vergangenheit gezeigt haben: Ohne verbindliche Übergangsempfehlung für die weiterführenden Schularten bleiben leistungsstarke Kinder mit niedrigem sozioökonomischem Hintergrund benachteiligt – selbst bei gleichen Leistungen und Noten. Angesichts

dieser erneuten Befunde mahnt der Deutsche Philologenverband (DPhV) an, dass auf jahrelange, wertvolle Diagnosen endlich konkretes politisches Handeln folgen muss – mit einer verbindlichen Übergangsempfehlung von der Grundschule auf die weiterführenden Schularten, um leistungsstarken Kindern unabhängig vom sozioökonomischen Hintergrund den Übergang auf das Gymnasium endlich leistungsgerechter zu ermöglichen. Die PhV-Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing machte deutlich: „Ist der Elternwille für den Übergang auf die weiterführende Schule allein entscheidend, profitieren erfahrungsgemäß eher ressourcenstarke Familien. Ziel muss es jedoch sein, für jedes Kind die passgenaue Schulart zu finden, die zur Begabung und zur individuellen Lernentwicklung passt – um Überforderung und Unterforderung zu vermeiden. Es braucht also eine verbindliche Übergangsempfehlung für die weiterführenden Schulen, die den Elternwillen und zugleich die Leistungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler berücksichtigt!“

Namen und Nachrichten

Sachsen-Anhalt beabsichtigt, die Tarifeinigung vom 14. Februar 2026 zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger zu übertragen. Die Landesregierung hat dem Kabinett bereits am 17. März 2026 einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Das Kabinett hat diesen nach Anhörung der Verbände und Spitzenorganisationen der Gewerkschaften am 14. April 2026 beschlossen und direkt dem Landtag zugeleitet. Eine Beschlussfassung soll noch vor der Sommerpause erfolgen. Auf dieser Grundlage gilt ab dem 1. April 2026 in Sachsen-Anhalt eine neue Besoldungstabelle für Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger. Auch

die Landesregierung von NRW hat die systemgerechte Eins-zu-eins-Übertragung des Tarifabschlusses auf den Beamten- und Versorgungsbereich zugesagt. Die Umsetzung des Tarifabschlusses erfolgt in einem Gesetzgebungsverfahren. Der entsprechende Gesetzesentwurf wird derzeit erarbeitet und soll zeitnah in den Landtag eingebracht werden. Für verbeamtete Personen, Richterinnen und Richter sowie Versorgungsberechtigte ist die abschlagsweise Auszahlung mit den Bezügen für Juli 2026 rückwirkend ab dem 1. April 2026 vorgesehen. Auf dieser Grundlage gilt ab dem 1. April 2026 in Nordrhein-Westfalen eine neue Besoldungstabelle für Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger. Beide vorläufigen Besoldungstabellen stehen auf www.dbb.de zur Verfügung.

Termine:

12. – 14. Oktober 2026

Betriebsräteschulung des dbb“

Weitere Informationen unter www.dbb.de